Investitionen ist daher zu sichern, daß Wohnungsbauten und unmittelbare Gemeinschaftseinrichtungen im Bauablauf des Investitionsvorhabens vorgezogen und während der Bauzeit als Arbeiterwohnunterkünfte zur Verfügung gestellt werden. Im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission, dem Vorsitzenden des Volkswirtschaftsrates und dem Minister der Finanzen wird daher folgendes angeordnet:

§ 1

Die in dieser Anordnung festgelegten Bestimmungen sind sämtlichen Verträgen zugrunde zu legen, die bei zwischenzeitlicher Verwendung von Wohnungsbauten und unmittelbaren Gemeinschaftseinrichtungen als Arbeiterwohnunterkünfte abzuschließen sind.

§ 2

(1) Für die Ausarbeitung der Aufgabenstellung gemäß der Verordnung vom 26. Juli 1962 über die Planung, Vorbereitung und Durchführung der Investitionen (GBl. II S. 481) sind dem zuständigen Planträger bzw. Investitionsträger für die Grundinvestitionen vom Hauptauftragnehmer bzw. ausführenden Betrieb konkrete Vorschläge über die Nutzung von Gebäuden als Arbeiterwohnunterkünfte sowie genaue Angaben über die termingemäße Herstellung der Gebäude zur Sicherung der vorzeitigen Inbetriebnahme zu unterbreiten und entsprechende Vereinbarungen zu treffen.

(2) Für die rechtzeitige Bereitstellung der im Bauablauf des Investitionsvorhabens vorzuziehenden Gebäude ist der zuständige Planträger und für die im Zusammenhang damit durchzuführenden Regelungen und vertraglichen Vereinbarungen über Beginn und Ende der Nutzung, Anzahl und Größe der WE bzw. der zu nutzenden Gebäudeteile ist der für das Bauvorhaben zuständige Investitionsträger für die Grundinvestition nach Absprache mit dem für den Wohnungsbau zuständigen Planträger verantwortlich.

§ 3

(1) Werden bei Bauvorhaben für die zwischenzeitliche Unterbringung von Bau- und Montagearbeitern Wohngebäude und unmittelbare Gemeinschaftseinrichtungen gebaut, so sind die dafür benötigten Investitionsmittel aus dem Investitionsplan — Teil Wohnungsbau — bereitzustellen.

(2) Die Festlegung gemäß Abs. 1 gilt auch für die Fertigstellung der nicht mehr als Arbeiterwohnunterkünfte genutzten Wohnungen und unmittelbaren Gemeinschaftseinrichtungen.

§ 4

Der nutzende Bau- bzw. Montagebetrieb (Hauptauftragnehmer) zahlt an den Rechtsträger bzw. Eigentümer der Wohngebäude (VEB, KWV, AWG, GWG) bzw. unmittelbaren Gemeinschaftseinrichtungen für die Zeit der Verwendung der Wohnungsbauten und unmittelbaren Gemeinschaftseinrichtungen als Arbeiterwohnunterkünfte ein monatliches Entgelt. Die Höhe dieses Entgeltes beträgt pro Monat, unabhängig von der Belegung der gemieteten Räume, $\frac{1}{12}$ des Betrages,*⁸

der sich auf der Grundlage von jährlich 2 % der Bau- summe des genutzten Gebäudes unter Berücksichtigung des Fertigstellungsgrades bei Übernahme des Gebäudes errechnet

$$\text{(monatliches Entgelt)} = \frac{\text{Bausumme} \cdot 2}{100 \cdot 12}$$

Jeder angefangene Monat ist als voller Monat in Ansatz zu bringen.

§ 5

Die Kosten für die Herrichtung der zu nützenden Räume als Wohnunterkünfte, die laufende Instandhaltung und Wiederherstellung des übernommenen Zustandes der Räume nach beendeter Nutzung sowie die entstehenden Bewirtschaftungskosten (Wasser, Elektroenergie, Gas, Müllabfuhr, Heizung, Schornsteinreinigung usw.) sind von den nutzenden Betrieben Unter der Hauptverantwortung des Hauptauftragnehmers für die Grundinvestition bzw. des mit der Koordinierung beauftragten Betriebes zu tragen.

§ 6

Die Kosten für Auf- und Abbau und die laufende Instandhaltung von Nebeneinrichtungen, wie Baderäume, Duschräume und sonstige soziale, kulturelle und medizinische Versorgungseinrichtungen sind auf der Grundlage der preisrechtlichen Bestimmungen bei Bauvorhaben des Industriebaues im L II-Bereich der Grundinvestition und bei Bauvorhaben des komplexen Wohnungsbaues im L II-Bereich der einzelnen Investitionsträger zu erfassen.

§ 7

Die zwischenzeitlich als Arbeiterwohnunterkünfte genutzten Wohngebäude bzw. unmittelbaren Gemeinschaftseinrichtungen sind vom Rechtsträger bzw. Eigentümer erst nach endgültiger Fertigstellung zu übernehmen.

§ 8

Diese Anordnung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.

Berlin, den 18. August 1963

Der Minister für Bauwesen

Junker

Anordnung über die Aufhebung der Anordnung über das Statut der Deutschen Lufthansa.

Vom 28. August KM>3

Die Anordnung vom 12. Juli 1962 über das Statut der Deutschen Lufthansa (GBl. II S. 469) wird mit Wirkung vom 31. August 1963 aufgehoben.

Berlin, den 28. August 1963

Der Minister für Verkehrswesen

I. V.: Weiprecht
Staatssekretär